

## ProVeg-Politik: Kernforderungen an die Bundesregierung

Die Herausforderungen, vor denen die Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik steht, sind in der 19. Wahlperiode gewaltig wie nie. Unter anderem folgende Punkte verdeutlichen die Notwendigkeit von Diskussionen über die zukünftige Ausrichtung dieser Politikbereiche:

- Der gegenwärtige Fleischkonsum ist im Durchschnitt doppelt so hoch wie es die Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) aus gesundheitlicher Sicht maximal für vertretbar hält [1].
- Die ernährungsbedingten Treibhausgasemissionen betragen laut den wissenschaftlichen Beratungsgremien des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) rund ein Viertel der gesamten Emissionen der Bundesrepublik, davon ist ein Großteil ursächlich auf die Tierhaltung zurückzuführen [2].
- Nicht-kurative Eingriffe, industrielle Produktionsmethoden und von einem Großteil der Bevölkerung zunehmend kritisch bewertete Haltungsmethoden [3] haben die Tierhaltung in eine Legitimationskrise geführt.

Es ist also offensichtlich, dass das gegenwärtige Produktions- und Konsumniveau tierischer Produkte in Deutschland zu hoch, unter anderem aus Gründen des Gesundheits-, Klima- und Tierschutzes problematisch und nicht nachhaltig ist. Eine kritische Debatte und darauf folgend ein Paradigmenwechsel in der Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik, der auf eine Senkung der Produktion und des Konsums tierischer Produkte abzielt und mit entsprechenden Zielen und Maßnahmen hinterlegt ist, sind daher dringend notwendig. Zudem ist das bestehende System auch ökonomisch nicht nachhaltig und wird durch massive Subventionen mit mangelhafter politischer Lenkungswirkung am Leben gehalten, wie von den wissenschaftlichen Beiräten des BMEL harsch kritisiert wurde [4]. Die verwendeten Steuergelder rechtfertigen eine grundsätzliche gesellschaftliche Debatte über die zukünftige Ausrichtung der Ernährungs- und Agrarpolitik, die Chancen zur Zukunftsgestaltung bietet. Die Landwirtschaft sollte ein starkes Interesse daran haben, diese Diskussion zu führen.

Die Agrar- und Ernährungspolitik der Zukunft muss dringend ökologisch und ökonomisch nachhaltiger, tierfreundlicher, ressourcenschonender und gesundheitsorientierter werden, nicht zuletzt um von allen Beteiligten und gesamtgesellschaftlich akzeptiert und mitgetragen zu werden. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD sowie die Agenda des zuständigen Bundesministeriums versprechen jedoch eher ernährungs- und agrarpolitischen Stillstand anstelle von Aufbruch.

ProVeg formuliert daher in diesem Schreiben zentrale Anliegen, die seitens der Politik in dieser Wahlperiode diskutiert werden müssen:

- 1. Nicht-Konsum tierischer Lebensmittel als Handlungsoption mitdenken!**
- 2. Potenziale pflanzlicher Ernährung nutzen!**
- 3. Rahmenbedingungen für den "pflanzlichen Alltag" erleichtern!**

## **1. Nicht-Konsum tierischer Lebensmittel als Handlungsoption mitdenken!**

Tierschutzpolitische Maßnahmen umfassen zumeist Schritte, die zur Verbesserung der Lebensbedingungen sogenannter Nutztiere führen sollen. Die effektivste Art, Tiere vor Leid zu bewahren, besteht allerdings darin, weniger Tiere zu halten und weniger tierische Produkte zu konsumieren. Diese Option findet jedoch keine ausreichende Beachtung. Dies gilt in ähnlicher Form für viele andere Politikbereiche (Klimaschutz, Ressourcenschonung etc.), in denen eine Verringerung der Tierzahlen größere Potenziale zur Erreichung von Zielen bieten würde als beispielsweise Effizienzsteigerungen innerhalb bestehender Systeme. Letztendlich ist darauf abzielen, die Nutzung von Tieren und den Konsum tierischer Produkte nicht als etwas Notwendiges und Unabänderliches zu sehen und zu kommunizieren. Stattdessen muss der Konsum pflanzlicher Produkte durch Kommunikation und Handeln normalisiert werden.

### **Beispiele für konkrete Forderungen:**

#### **a) Tierschutzpolitik und Haltungskennzeichnung**

Die reinen Schlachtzahlen (in Deutschland rund 750 Millionen Tiere pro Jahr [5]) verdeutlichen, dass eine gesellschaftlich immer häufiger artikuliert Forderung nach einer flächendeckend „artgerechteren“ Tierhaltung eine gewaltige logistische und wirtschaftliche Herausforderung darstellen würde. In jedem Fall würde eine solche Entwicklung die deutliche Verringerung der Tierzahlen erfordern, da das gegenwärtige Produktionsniveau nur aufgrund hochintensiver Haltungssysteme möglich ist.

Bei einer Verkleinerung der Tierbestände, würden sich im Umkehrschluss Potenziale für bessere Haltungsbedingungen ergeben, die weit mehr als bisher mit dem gesellschaftlich Erwünschten im Einklang stünden. Diese würden der Landwirtschaft verbesserte Wertschöpfungspotenziale erschließen. Aktuell können sich Verbraucherinnen und Verbraucher jedoch noch nicht einmal anhand der Produktkennzeichnung umfassend über die Haltungsbedingungen von Tieren informieren. Die SPD hatte vor der Bundestagswahl noch eine Pflichtkennzeichnung aller Tierhaltungsformen befürwortet: „Verbraucher müssen bei Fleisch, Milch und Eiern auch in verarbeiteter Form erkennen können wie diese Tiere gehalten wurden“ [6]. Auch die CDU/CSU war im Zuge der „Jamaika-Sondierungen“ zu diesem Schritt bereit. Eine Haltungskennzeichnung wäre ein wichtiger Baustein für eine informativere Produktkennzeichnung. Eine verpflichtende Haltungsformkennzeichnung für alle tierischen Produkte ist daher geboten und wird zudem von einer überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung unterstützt. Auch der Deutsche Bauernverband spricht sich mittlerweile dafür aus [7], der Einzelhandel hat schon zum überwiegenden Teil selbst Kennzeichnungen entwickelt. Da jedoch von Kette zu Kette unterschiedliche Kriterien angewandt werden können, braucht es dringend eine gesetzlich verpflichtende Vorgabe, um Verbraucherinnen und Verbrauchern vergleichbare und verlässliche Informationen zur Verfügung zu stellen.

### **b) Vorbildfunktion nutzen**

Die Politik kann und sollte ihre Vorbildfunktion nutzen. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, und nukleare Sicherheit (BMU) serviert bei Eigenveranstaltungen seit Anfang 2017 nur noch Vegetarisches. Dies sendet ein starkes Signal. Auch an anderer Stelle sollte die Verfügbarkeit vegetarischer und veganer Menüoptionen verbessert werden, um den Bürgerinnen und Bürgern Wahlfreiheit zu ermöglichen und pflanzliche Ernährungsweisen und Produkte zu normalisieren. Darüber hinaus ist es notwendig, sich den Diskurs über die zukünftige Ausrichtung von Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik nicht durch den immer wieder vorgebrachten "Bevormundungs"-Vorwurf diktieren zu lassen. Es gehört zu den Aufgaben von Politik, Leitplanken in Form von Regeln aufzustellen, die auf das Leben der Menschen im positiven Sinne Einfluss nehmen und diesen eine möglichst rationale Wahl erlauben. Angesichts der einleitend skizzierten Probleme ist der Handlungsbedarf offensichtlich. Ein "Weiter-so" darf es nicht geben.

## **2. Potenziale pflanzlicher Ernährung nutzen!**

Pflanzliche Ernährungsweisen bieten große Potenziale, zur Lösung diverser Problemfelder beizutragen. Dazu gehören unter anderem Tier-, Umwelt-, Klima und Gesundheitsschutz sowie Ressourcenschonung. Angesichts der gewaltigen Menge an tierischen Produkten, die in Deutschland produziert und konsumiert wird, bieten auch kleine Schritte Chancen und Potenziale, die genutzt und ausgeschöpft werden sollten.

### **Beispiele für konkrete Forderungen:**

#### **a) Ernährung auf die Klimaschutz-Agenda**

Aus dem Pariser Klimaschutzabkommen erwächst für Deutschland die Notwendigkeit ambitionierter Klimaschutzmaßnahmen in allen Sektoren. Aktuell beziffern die wissenschaftlichen Beiräte des BMEL die ernährungsbedingten Treibhausgasemissionen auf etwa ein Viertel der gesamten Emissionen Deutschlands. Aus dem Klimaschutzplan 2050, der die langfristige deutsche Klimaschutzstrategie beschreibt, wurden entscheidende Maßnahmen wie eine gesamtgesellschaftliche Reduzierung des Konsums tierischer Produkte und ein Abbau der Tierbestände allerdings, nach Erwähnung in ersten Entwürfen des Plans, wieder gestrichen. In puncto Klimaschutz ist eine Ernährungs- und Landwirtschaftswende dringend notwendig – dies muss beispielsweise in der Fortschreibung und in den Maßnahmenprogrammen zur Ausgestaltung des Klimaschutzplans 2050 festgeschrieben werden. Die unter anderem vom BMEL und Deutschem Bauernverband bislang erfolgreich verteidigte "Sonderstellung" der Landwirtschaft, die zur Rechtfertigung von – im Vergleich zu anderen Sektoren – angeblich relativ geringen Einsparungspotenzialen von Treibhausgasen propagiert wird, gilt es zu problematisieren. Eine Verringerung des Konsums tierischer Produkte und der Tierbestände ist langfristig bei Beibehaltung ambitionierter Klimaziele nicht zu vermeiden. Es gilt, diesen Aspekt nicht länger zu ignorieren und jetzt wichtige Weichenstellungen vorzunehmen.

#### **b) Ressourcenschonung**

Sogenannte Nutztiere konsumieren erheblich mehr Energie und Protein mit ihrer Nahrung als in Form von tierischen Produkten dem Menschen zur Verfügung stehen. Aufgrund der ineffizienten Umwandlung und des damit einhergehenden Ressourcenverlustes bietet die Senkung der Produktion tierischer Lebensmittel daher großes Potenzial für die Schonung von Ressourcen und für eine nachhaltigere Landwirtschaft.

### **3. Rahmenbedingungen für den “pflanzlichen Alltag” erleichtern!**

Politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen beeinflussen entscheidend, wie Verbraucherinnen und Verbraucher sich verhalten und wie sie konsumieren. Daher ist es entscheidend, dass es die äußeren Umstände möglichst vielen Menschen erleichtern und diese dazu motivieren, zu nicht-tierischen Lebensmitteln zu greifen.

#### **Beispiele für konkrete Forderungen:**

##### **a) Rechtsverbindliche vegan/vegetarisch-Definition auf europäischer Ebene**

Aktuell gibt es trotz des eindeutigen Handlungsauftrages an die Europäische Kommission, der in der EU-Lebensmittelinformationsverordnung (LMIV) 1169/2011 verankert ist, keine rechtsverbindlichen Kriterien, die die Begriffe “vegan” und “vegetarisch” für die Kennzeichnung von Lebensmitteln definieren. ProVeg-Politik hat daher in Deutschland das Thema auf die politische Agenda gesetzt und zu einem Konsens aller relevanten Beteiligten (Bundesregierung, Fraktionen, Lebensmittelindustrie, Verbraucherschutzministerkonferenz, Verbraucherzentralen) entscheidend beigetragen. Jetzt muss die EU-Kommission ihrer Verpflichtung endlich nachkommen und zeitnah die Arbeit an europaweit gültigen Definitionen aufnehmen.

##### **b) Pflichtkennzeichnung tierischer Inhaltsstoffe**

Darüber hinaus sprachen sich im Vorfeld der Bundestagswahl alle von ProVeg-Politik befragten Parteien für eine verpflichtende Kennzeichnung tierischer Zutaten aus [8]. Das Problem: Verbraucherinnen und Verbraucher können sich nicht auf die Zutatenliste verlassen, da nicht alle verwendeten oder enthaltenen Stoffe tierischen Ursprungs derzeit gekennzeichnet werden müssen. Dies hat die Folge, dass tierische Inhaltsstoffe, die in erheblich mehr Produkten verwendet werden als gemeinhin erwartet, unter Umständen nicht zu erkennen sind.

##### **c) Pflanzliche Produkte attraktiv und informativ benennen**

Interessierte Verbraucherinnen und Verbraucher, die sich situativ oder grundsätzlich pflanzlich ernähren möchten, können auf eine Vielzahl von Alternativprodukten zurückgreifen, um ihre Ernährungsgewohnheiten beibehalten zu können. Aus gutem Grund sind beispielsweise vegetarische und vegane Fleischalternativen daher im Handel unter Bezeichnungen zu finden, die herkömmlich für Fleischerzeugnisse verwendet werden. Diese vermitteln der Verbraucherschaft eine Vielzahl von Informationen über das Produkt. Diese jahrzehntelang bewährte Benennungspraxis, die zuletzt vereinzelt kritisiert worden ist, muss rechtssicher geschützt werden. Aktuell wird der von einem Fachausschuss der Deutschen Lebensmittelbuch-Kommission erarbeitete Leitsatz finalisiert, der die Benennung vegetarischer und veganer Produkte regeln wird. ProVeg-Politik setzt sich für eine liberale Benennungspraxis ein.

##### **d) Mehrwertsteuer diskutieren**

Momentan werden Fleisch und andere Produkte tierischen Ursprungs mit dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent besteuert. Diese indirekte Subventionierung, die in letzter Zeit auch vermehrt vonseiten renommierter Institutionen kritisiert wurde (unter anderem vom Umweltbundesamt), ist nicht mehr zeitgemäß. Pflanzliche Milchalternativen werden jedoch umgekehrt mit dem regulären Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent besteuert. Damit wird klar eine Anreizstruktur geschaffen, die den Konsum verhältnismäßig umweltfreundlicher Produkte erschwert. Diese gilt es in Zukunft zu verändern.

### e) **Gemeinschaftsverpflegung einbinden**

Die Einbindung der Gemeinschaftsverpflegung bietet große Potentiale. Die Qualitätsstandards der DGE sollten verpflichtend in allen Bundesländern eingeführt werden, da nur so sichergestellt werden kann, dass Kantinen ihr Angebot in Zukunft in ausreichender Form an wissenschaftlich fundierten, gesundheitlichen Ernährungsempfehlungen ausrichten. Darüber hinaus sollten in öffentlichen Kantinen dauerhaft pflanzliche Gerichte zur Verfügung stehen.

**Stand: August 2018**

#### **Kontakt**

Felix Domke, Leiter ProVeg-Politik

+49 30 29 02 82 53-41

[felix.domke@proveg.com](mailto:felix.domke@proveg.com)

#### **Quellen**

[1] Deutsche Gesellschaft für Ernährung e. V. (DGE) (2017): Vollwertig essen und trinken nach den 10 Regeln der DGE. Online unter

<https://www.dge.de/ernaehrungspraxis/vollwertige-ernaehrung/10-regeln-der-dge/>

[22.01.2018].

[2] Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2016): Klimaschutz in der Land- und Forstwirtschaft sowie den nachgelagerten Bereichen Ernährung und Holzverwendung. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz. Online unter

[http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ministerium/Beiraete/Agrarpolitik/Klimaschutz\\_gutachten\\_2016.pdf;jsessionid=42B457B7AB7F5D8581B823CBACEFF9FB.2\\_cid376?\\_blob=publicationFile](http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ministerium/Beiraete/Agrarpolitik/Klimaschutz_gutachten_2016.pdf;jsessionid=42B457B7AB7F5D8581B823CBACEFF9FB.2_cid376?_blob=publicationFile) [22.01.2018].

[3] BUND (2017): Umfrage zur Nutztierhaltung. Online unter

<https://www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/umfrage-zur-nutztierhaltung-mehrheit-der-deutschen-befuerwortet-stroengere-gesetzgebung-lebensmittel/> [22.01.2018].

[4] Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2018): Für eine gemeinwohlorientierte Gemeinsame Agrarpolitik der EU nach 2020: Grundsatzfragen und Empfehlungen. Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz. Online unter

[https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ministerium/Beiraete/Agrarpolitik/GAP-GrundsatzfragenEmpfehlungen.pdf?\\_blob=publicationFile](https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ministerium/Beiraete/Agrarpolitik/GAP-GrundsatzfragenEmpfehlungen.pdf?_blob=publicationFile) [30.08.2018].

[5] Destatis (2017). Online

unter <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Wirtschaftsbereiche/LandForstwirtschaftFischerei/TiereundTierischeErzeugung/AktuellSchlachtungen.html> [22.01.2018].

[6] Antwort der SPD auf unsere Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl. Online unter

<https://vebu.de/wp-content/uploads/2017/08/SPD.pdf> [22.01.2018].

[7] topagrar.com (2018): Bauernverband schlägt Haltungskennzeichnung für Fleisch vor.

Online unter <https://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Bauernverband-schlaegt-Haltungskennzeichnung-fuer-Fleisch-vor-9096744.html> [29.08.2018].

[8] Antworten der Parteien unsere Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl. Online unter

<https://vebu.de/vebu/vebu-politik/bundestagswahl2017/> [22.01.2018].